

Gewerkschaftsforum Hannover:

Umfassende Gesundheitsversorgung für alle ist ein Luxus, den wir uns im neoliberalen Stadium des Kapitalismus *"nicht mehr leisten können"*. So zumindest die Ansicht der herrschenden Klassen in den OECD-Staaten. Zuviel Wohlfahrt geht – via Steuern und Sozialabgaben – auf Kosten des Profits und natürlich der... *"Wettbewerbsfähigkeit"*. Da können oder wollen die Damen und Herren Unternehmer sowie ihre politischen und medialen Interessenvertreter in den entwickelten Ländern des *"freien Westens"* nach dem Ende der *"Wirtschaftswunder"* keine größeren Zugeständnisse an die Lohnabhängigen mehr machen. Umso weniger in Zeiten der Euro- und Schuldenkrise, die alles andere als vorbei ist.

Was das konkret bedeutet, zeigt das Beispiel Italien, wo im Rahmen der Rosskur der neuen Regierung Renzi das eh schon marode Gesundheitswesen weiter reduziert und privatisiert werden soll, wie der Verantwortliche für Soziales vom Partito della Rifondazione Comunista (Partei der Kommunistischen Neugründung - PRC), Nando Mainardi im folgenden Interview erläutert. Es erschien auf dem parteinahen, aber unabhängigen Nachrichtenportal ***"Contro la Crisi"*** (www.controlacrisi.org) am **8. April 2014** und wurde vom langjährigen Gewerkschaftsredakteur der Mitte März endgültig eingestellten Rifondazione-Tageszeitung *"Liberazione"*, Fabio Sebastiani, geführt.

"Gesundheitswesen: Das sind alles andere als nicht-lineare Kürzungen. Der Angriff auf das Gesundheitswesen umfasst alles"

Interview mit Mainardi (PRC)

In Sachen Kürzungen der Regierungen im Gesundheitssektor hat „Controlacrisi“ Nando Mainardi vom Nationalen Sekretariat des PRC und Verantwortlichen für Wohlfahrt interviewt

Fabio Sebastiani

Nach allem, was man weiß, wird es im Gesundheitswesen heftige Einschnitte geben, auch wenn Renzis Propaganda von "nicht linearen" Kürzungen spricht. Was bedeutet das?

"Vor allem ist es schwer, eine umfassende Einschätzung abzugeben. Vorläufig wird die angekündigte Kürzung als Scherenschnitt von einer Milliarde Euro für 2014 bezeichnet, die keine linearen Kürzungen betreffe, sondern den Einkauf von Gütern und Gesundheitsdiensten sowie die so genannten Standardkosten. Wir müssen genau hinsehen, was im Finanzdokument steht, weil durchaus nicht gesagt ist, dass wenn es nicht zu linearen Kürzungen und zu Streichungen bei der Krankenversorgung kommt, dann bei den unnützen Ausgaben gespart wird. Man muss schauen, wie die Gesamtplanung der Ausgaben ausfällt, weil die [<neue Gesundheitsministerin Beatrice>](#) Lorenzin von zehn Milliarden Euro gesprochen hat, die in den kommenden drei oder vier Jahren eingespart werden sollen."

Also ändert sich nichts.

"Das Signal lautet, dass man mit der strukturellen Reduzierung der Gesundheitsausgaben fortfährt und zwar mit einer Operation, deren Wirkung de facto als im Jahr 2014 nicht schädlich dargestellt wird, allerdings innerhalb eines Schemas, das eine Reihe weiterer Kürzungen vorsieht. In Erwartung des Ökonomisch-Finanziellen Dokuments (DEF) herrscht jedenfalls eine große Sorge. Auch weil, wie gesagt, man erst mal sehen muss, welchen Vorteil es für die Bürger hat, wenn Du daran gehst die Einkommenssteuer zu senken, das aber durch Streichungen bei den [<öffentlichen>](#) Diensten finanziert. Und dann muss gesagt werden, dass die Einschnitte, von denen im Gesundheitsbereich die Rede ist, zu den von Berlusconi und Monti zwischen 2010 und 2013 vorgenommenen Einsparungen hinzukommen, denn diesbezüglich hat die Lorenzin keine beruhigenden Erklärungen abgegeben. Und dann sind wir bereits bei 30 Milliarden Euro bei Gesamtausgaben von 107 Milliarden Euro. Das heißt im Sinne des Gesetzes über den nationalen Gesundheitsdienst handelt es sich um eine mehr als beachtliche Intervention und hauptsächlich bei einigen Posten, wie dem Personal und den Ausgaben für Pharmazeutika. Die Ausgaben steigen also nicht, sondern sinken. Obendrein hat das Verfassungsgericht im vergangenen November die von der Regierung Berlusconi eingeführten Selbstbeteiligungen an den Behandlungskosten für nichtig erklärt, deren Einnahmen zwei Milliarden Euro entsprachen. Deshalb müsste Renzi diese Mittel hinzufügen."

Privatisierung und Verschlechterung der Dienste gehen Hand in Hand.

"In dem Moment, wo dieser Trend aus Reduzierung der öffentlichen Gesundheitsausgaben und Privatisierung eingeleitet wird, ist klar, dass sich ein Ausstieg aus der öffentlichen Gesundheitsversorgung abzeichnet."

Auf lokaler Ebene gärt es ziemlich, was die Gesundheit angeht. Zumindest jedes Mal, wenn irgendjemand ein Krankenhaus schließen will.

"Ich habe einige solcher Fälle in der Emilia Romagna verfolgt, wo die vollen Konsequenzen der Kürzungen noch gar nicht wahrgenommen werden. Es gibt einen

Umstrukturierungsprozess, der für einige notleidende Orte gesorgt und einige Hospitäler deutlich verkleinert hat. Der Eindruck ist, dass es beim öffentlichen Gesundheitswesen eine große Aufmerksamkeit gibt, die jedoch dann zu Tage tritt, wenn es die lokale Versorgung betrifft, während unsere Aufgabe darin besteht, eine allgemeine Sensibilität zu entwickeln. Diese beiden Aspekte müssen unvermeidlich miteinander verbunden werden."

Das liegt alles in Händen der Regionen, die in den anstehenden Gesprächen mit der Regierung jedoch eine Schadensbegrenzung versuchen werden.

"Dabei muss gesagt werden, dass es kein Abkommen über die Anpassung des nationalen Gesundheitsfonds im Jahr 2013 gab und es ist ebenfalls offensichtlich, dass in Sachen Gesundheit die Konferenz von Staat und Regionen stattfinden wird, in der der Staat das starke Subjekt ist und die Regionen mit der Aufgabe dahin gehen, die durch die Kürzungen verursachten Schäden soweit wie möglich zu verringern. Ein Richtungswechsel wird nicht gelingen. Die Frage ist, wie man dafür sorgen kann, dass die Verteidigung des öffentlichen Gesundheitswesens zu einem Kampf auf nationaler Ebene wird. Auch weil wir hier weit über die so genannte Rationalisierung hinausgehen."

Vorbemerkung, Übersetzung und Einfügungen in eckigen Klammern:

Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de